

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 106 (2012)
Heft: 11

Artikel: "Ein Krieg, der nicht mit uns zu tun hat"
Autor: Berger, Roman
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390382>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Es war ein Ereignis von historischer Bedeutung. Vor 25 Jahren unterzeichneten Mittelamerikas Staatschefs einen Friedensplan, dessen Urheber, Costa Ricas Präsident Oscar Arias, mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden ist. Der am 7. August 1987 in Guatemala unterzeichnete Friedensplan hatte zum Ziel, mit einem Waffenstillstand die Bürgerkriege in Nicaragua, El Salvador und Guatemala zu beenden, die Militärkräfte stark abzubauen sowie die Demokratisierung zu fördern. Die Region versuchte durch diese ausserordentliche Initiative auch, von den beiden damaligen Supermächten USA und Sowjetunion, auf Distanz zu gehen.

Was sich die Bevölkerung dieser geschundenen Region, die jahrzehntelange Bürgerkriege mit Hunderttausenden von Opfern zu beklagen hatte, wirklich erhoffte, formulierte damals Guatemalas Präsident Vinicio Cerezo: «Wir wollen Subjekte und Hauptakteure unserer eigenen Geschichte werden. Von den anderen Nationen der Welt verlangen wir Verständnis, Toleranz, Solidarität aber vor allem Respekt vor unserem Willen, Frieden zu schaffen».

Was ist aus diesen hehren Wünschen und Forderungen geworden? Tatsache ist: Der damals, in der Schlussphase des Kalten Krieges scharf beobachtete «Hinterhof der USA» macht bei uns schon lange keine Schlagzeilen mehr. Mehr noch, Mittelamerika befindet sich heute in einem toten Winkel des Weltgeschehens. Wichtige Ereignisse und Entwicklungen in dieser Region werden von der übrigen Welt kaum mehr zur Kenntnis genommen.

Zum Beispiel: Die gleiche Region, die mit einem Friedensplan vor 25 Jahren eine beispielhafte Entmilitarisierung einleitete, ist zum Schauplatz eines neuen Krieges geworden. Das hat folgenden Hintergrund: Mittelamerika ist die Haupttransitroute der Drogen geworden, die vorwiegend in Kolumbien produziert werden und auf diesem Weg in

«Ein Krieg, der nichts mit uns zu tun hat»

Der «Drogen-Krieg» führt in Zentralamerika zu einer Remilitarisierung, die vor 25 Jahren die gleiche Region mit einem Friedensplan stoppen wollte.

die USA gelangen. Gemäss Angaben der US-Regierung handelt es sich dabei um 95 Prozent des in den USA konsumierten Kokains.

Aus US-Perspektive ist Zentralamerika erneut eine Bedrohung geworden. Diesmal sind es nicht linke Guerilleros, sondern Drogenhändler, die bekämpft werden müssen. In Honduras, in dem rund siebenzig Prozent der gesamten in die USA transportierten Drogen umgeschlagen werden, haben die USA innert kurzer Zeit drei Militärstützpunkte eingerichtet. Honduras diente den USA bereits in den achtziger Jahren als Basis für den Kampf gegen die sandinistische Regierung in Nicaragua. Heute ist das gleiche Honduras für die USA wiederum von strategischer Bedeutung geworden. Zugleich ist auch die honduranische Regierung auf US-amerikanische Unterstützung angewiesen, denn sie ist nach umstrittenen Wahlen nur wenige Monate nach einem international verurteilten Putsch 2009 an die Macht gekommen.

Nachdem die Agenten der US-amerikanischen Antidrogenbehörde (DEA) jahrelang auf dem Radar hilflos beobachten mussten, wie Kleinflugzeuge auf dem Weg von Südamerika in Hon-

duras und anderen zentralamerikanischen Staaten unbehelligt zwischenlanden konnten, erlaubte ihnen die «Central American Regional Security Initiative» seit Frühling im Verbund mit der honduranischen Polizei Drogentransporte abzufangen. Von April bis Juli seien insgesamt 4,7 Tonnen Kokain beschlagnahmt worden und die Anzahl Flüge sei spürbar zurückgegangen, berichtete die «New York Times» im Juni unter der Schlagzeile «Ausweitung des Drogenkrieges in Zentralamerika».

Welche Auswirkungen der «Krieg gegen die Drogen» konkret für die Bevölkerung hat, darüber dringt wenig an die Aussenwelt. Klartext spricht Jannet Aguilar, Spezialistin für Gewaltfragen an der zentralamerikanischen Universität San Salvador: «Washington drängt uns in einen Krieg, der eigentlich nichts mit uns zu tun hat.» Das Beispiel Mexiko habe doch deutlich gezeigt, dass Drogen sich nicht mit militärischen Mitteln bekämpfen lassen.

Dort hat der abgewählte Präsident Felipe Calderon Soldaten gegen die Drogenbarone ins Gefecht geschickt. Das Ergebnis sind mehr als 60 000 Tote, 20 000 Verschwundene – und ein un-

Und die Schweiz ?

Es war eine ungewöhnliche Reaktion der Schweizer Zivilgesellschaft. Fünfzehn Nichtregierungsorganisationen der Schweiz, darunter die führenden privaten Hilfswerke, wandten sich diesen Sommer in einem offenen Brief an Bundesrat Didier Burkhalter, um gegen den Beschluss zu protestieren, in Guatemala die Botschaft zu schliessen. Die Schliessung sei ein «Rückschlag für die Friedens- und Menschenrechtsarbeit der Schweizer Akteure vor Ort», geben die Organisationen zu bedenken. Die Schweizer Botschaft habe in der Vergangenheit wichtige politische Prozesse begleitet und sei für die Schweizer Hilfswerke eine verlässliche Partnerin gewesen. Das Engagement auf diplomatischer Ebene wurde von den NGOs als wichtige Ergänzung und Abstützung ihrer Arbeit wahrgenommen.

Das sogenannte «Triangulo Norte Centro-

americano» (Guatemala, Honduras, El Salvador) ist seit den achtziger Jahren eine Schwerpunktregion schweizerischer Entwicklungs- und Menschenrechtsarbeit. Die Schweiz hatte damals ihre diplomatische Präsenz durch die Eröffnung einer zweiten Botschaft in der Region (Costa Rica) verstärkt. Jetzt reduziert die Schweiz mit der Schliessung der Botschaft in Guatemala ihr Engagement in Zentralamerika.

Kritische Stimmen befürchten, unter dem neuen Departementchef finde ein Paradigmenwechsel statt. Politisch ausgerichtete Menschenrechts- und Friedensförderung müssten Handels- und Wirtschaftsinteressen weichen. Das aber wäre kurzsichtig. Denn Gewalt, Straflosigkeit und Missachtung der Menschenrechte unterwandern jegliche Chancen wirtschaftlicher Entwicklung in Zentralamerika und den übrigen Ländern des Südens. (R.B.)

gebrochener Drogenhandel. Mit Waffen sind die Banden nicht zu besiegen. Im Gegenteil.

Was in Mexiko zu beobachten war, erfährt nun auch Mittelamerika: Schlecht bezahlte Uniformierte schliessen sich den Gangs genau so an wie korrupte Politiker und arbeitslose Jugendliche. Die Kartelle unterhöheln den Staat, sie waschen ihren illegalen Verdienst in legalen Branchen. Eine weiterhin in grosser Armut lebende Bevölkerung ist dem mit dem Drogenhandel verbundenen organisierten Verbrechen schutzlos ausgeliefert.

Den Herrschenden ihrerseits ermöglicht der Drogenkrieg die Unterdrückung aller Organisationen, die nicht eindeutig auf Regierungslinie sind: «Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns». Die Regierung wirft ihren Kritikern, Menschenrechtsorganisationen, sozialen Bewegungen vor, vom organisierten Verbrechen finanziert zu sein. So wird der öffentliche Protest kriminalisiert. JournalistInnen, die darüber berichten, GewerkschafterInnen und Bauernführer, die dagegen demonstrieren, werden in Honduras zu Dutzenden ermordet. Die Täter bleiben straflos.

Umdenken in Washington?

Plötzlich scheint es auch in Washington ernsthafte Zweifel an der bisher als erfolgreiches Modell gelobten «Zentralamerikanischen Sicherheitsinitiative» zu geben. Im US-Senat ist die Finanzierung des Programms gestoppt worden. Mehrere Ereignisse haben laut einem Bericht der *New York Times* in Washington Alarm ausgelöst. Zum Beispiel der unkontrollierte Abschuss von Kleinflugzeugen. Weil die Maschinen nie gefunden worden seien, sei auch nicht bekannt, wieviele Menschen dabei ums Leben gekommen und ob überhaupt Drogen an Bord gewesen seien. Diese Aktionen hätten gegen Internationale Abkommen zur Luftfahrt verstossen.

Weiter hätten US-Instruktoren, die nur für die Ausbildung zuständig gewe-

sen wären, einen Überfall der honduranischen Polizei angeführt, bei dem drei unbescholtene Bauern getötet worden seien. Die Strategie des «Drogenkriegs», so berichtet die *New York Times*, habe sich als Fiasko erwiesen und müsse überarbeitet werden. Die Ausbildung der honduranischen Sicherheitsorgane, die Stärkung des Rechtsstaates und die Festlegung neuer Regeln müssten Priorität erhalten.

Das Versagen des militärisch geführten Kampfes gegen den Drogenhandel bringt der US-Abgeordnete Howard L. Berman auf den Punkt. Berman, Mitglied des Aussenpolitischen Ausschusses im Repräsentantenhaus, stellt in einem Brief an Aussenministerin Hilary Clinton fest: «Leider ist es nicht das erste Mal, dass die USA mit einer übermilitarisierten Strategie einen gefährlichen Punkt erreicht haben in einem kleinen Land mit schwachen Institutionen, die es den Bürgern verunmöglichen, sich zu wehren und die Politik in Frage zu stellen.»

Die Hoffnung der zentralamerikanischen Völker vor 25 Jahren, «Subjekte und Hauptakteure der eigenen Geschichte zu werden», hat ein neuer «Krieg» zunichte gemacht, dessen Ursachen aber diesmal nicht mehr in Zentralamerika liegen. An einem Friedensplan müssten heute auch die USA und Europa beteiligt sein. Denn das Drogengeschäft floriert nicht nur, weil es in den Herkunftsländern Straflosigkeit genießt. In den Abnehmerländern des Nordens ist das gleiche Business eng mit der formalen Ökonomie verzahnt. Deshalb bleiben die Wirtschafts- und Finanzstrukturen der Drogenkartelle unangetastet. In Europa und den USA profitieren sie von rechtssicheren Räumen, wo sie ihr Geld waschen und anlegen können. Das organisierte Verbrechen kann wie jedes andere transnationale Unternehmen agieren. Hier liegen die Ursachen für die Pyrrhussiege im Kampf gegen Drogenkartelle und die Gewaltspirale in Zentralamerika. ●

Roman Berger ist Journalist und war langjähriger Auslandskorrespondent für den Zürcher «Tages Anzeiger» in Russland, USA und Lateinamerika (roman-berger@bluewin.ch)